



Rahmenbedingungen für die Zukunftsfähigkeit des Standorts

Regionalpolitische Positionen | IHK Südlicher Oberrhein





Energie und Klimaschutz



Energieversorgung

Infrastruktur für eine bezahlbare Energiewende schaffen

Um den Anforderungen der Energiewende gerecht zu werden und gleichzeitig eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten, bedarf es eines regionalen Ausbaus der Strom-Verteilnetze sowie einer intelligenten Steuerung der bundesweiten Übertragungsnetze. Insbesondere aufgrund der Grenzlage benötigt die Region Strategien zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und zum Ausgleich der Volatilität erneuerbarer Energien durch den Ausbau von Speicherlösungen.

Forderungen

1. **Intensivierung des Netzausbaus:** Es ist dringend erforderlich, die Strom-Verteilnetze regional zu erweitern und die bundesweiten Übertragungsnetze intelligent zu steuern, um eine stabile Energieversorgung zu gewährleisten.
2. **Aufbau von Wasserstoffinfrastruktur:** Die Errichtung von Wasserstoffleitungen auf Fernleitungs- und Verteilnetzebene sowie die Umwidmung von Gasleitungen sind notwendige Investitionen für eine erfolgreiche regionale Energiewende und zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts.
3. **Förderung des Markthochlaufs von Wasserstoff:** Angesichts des wachsenden Wasserstoffbedarfs in Industrie und Verkehr ist eine regionale Intensivierung des Markthochlaufs mit Erzeugungs- und Distributionskapazitäten erforderlich, solange eine ausreichende Importmöglichkeit über Pipelines fehlt.
4. **Ausweitung erneuerbarer Energien:** Der Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere durch Wind- und Wasserkraftanlagen, Freiflächen-PV, Agri-PV und Power-to-X-Anlagen, Biomasse sowie die Nutzung von Geothermie am Oberrhein, muss beschleunigt werden, um die regionale Grundlastsicherung zu gewährleisten und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren.
5. **Transparente Kommunikation und Beteiligung von:** Die Politik vor Ort muss Informationsbarrieren abbauen, für Akzeptanz beim Ausbau der Energieinfrastruktur werben und die zukünftigen Preisentwicklungen transparent darstellen. Dialogkonzepte mit Beteiligung aller Interessengruppen sind hierfür entscheidend.

Klimaschutz

Frühzeitig in präventiven Klimaschutz investieren

Klimaschutz und die damit einhergehende ökologische Transformation sind für die regionale Wirtschaft aktueller denn je. Spätestens durch die politischen Bestrebungen, Europa mit allem Nachdruck zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen, durch die sich daraus ableitenden nationalen Vorgaben sowie durch den kontinuierlichen Preisanstieg fossiler Energieträger muss sich jedes Unternehmen individuell mit dem Klimawandel und den sich daraus ergebenden Handlungsnotwendigkeiten auseinandersetzen. Hinzu kommen wachsende Anforderungen aus den jeweiligen Wertschöpfungsketten sowie die sich ändernden Kundenanforderungen, die Transparenz und nachhaltiges Wirtschaften immer mehr in den Vordergrund rücken. Die Transformation der Wirtschaft hat also längst begonnen.

Es ist von entscheidender volkswirtschaftlicher Bedeutung, frühzeitig in präventive Maßnahmen zum Klimaschutz zu investieren, anstatt später die Schäden zu bekämpfen. Der südliche Oberrhein sieht sich bereits heute mit den Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert. Zunehmende Starkregenereignisse und Gewässerhochwasser verursachen erhebliche finanzielle und bauliche Schäden. Die Notwendigkeit eines verstärkten Hochwasserschutzes wird daher immer dringlicher, um die betroffenen Unternehmen und Infrastrukturen zu schützen und deren Resilienz gegenüber klimabedingten Risiken zu erhöhen.

Forderungen

- 1. Stärkung des Hochwasserschutzes:** Angesichts der zunehmenden Bedrohung durch Starkregen und Hochwasser ist ein weiterer Ausbau des kommunalen Hochwasserschutzes unerlässlich. Dies umfasst die Implementierung eines kommunalen Starkregenrisikomanagementsystems und die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für präventive Maßnahmen.
- 2. Vermeidung klimapolitischer Ad-hoc-Maßnahmen:** Um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten, sollten klimapolitische Maßnahmen – sei es europäisch oder kommunal – gut geplant und langfristig ausgerichtet sein, ohne kurzfristige Ad-hoc-Eingriffe, die Unternehmen benachteiligen könnten.
- 3. Integration von Klimaschutz in gesamtgesellschaftliche Ziele:** Klimaschutzmaßnahmen müssen mit anderen gesellschaftlichen Zielen wie dem Erhalt von Arbeitsplätzen, der regionalen Wertschöpfung und sozialem Ausgleich abgewogen werden. Eine ausgewogene Politikgestaltung, die diese Aspekte berücksichtigt, ist von zentraler Bedeutung – auch auf kommunaler Ebene.
- 4. Förderung nachhaltiger Stadtentwicklung:** Die Förderung nachhaltiger Stadtentwicklung durch Innovationen wie intelligente Verkehrssteuerung, Steigerung der Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Stärkung der Wahlmöglichkeiten bei Transportmitteln und ökologisches Grünflächenmanagement sind essenziell für langfristige Perspektiven im urbanen Lebens- und Wirtschaftsraum.

IHK Südlicher Oberrhein

Schnewlinstraße 11-13
79098 Freiburg

☎ 0761 3858-0

✉ info@freiburg.ihk.de

🌐 www.ihk.de/freiburg

